

B E S C H L U S S

aus der Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung vom 20.04.2021

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

8. Kommunaler Kinder- und Jugendförderungsplan der Universitätsstadt Siegen 2020 bis 2025

Vorlage Nr. VL 163/2021

Die Präsentation wurde bereits vorab den Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt.

⇒ *Die Präsentation ist der Original- Niederschrift als Anlage beigelegt. Im elektronischen Dokument ist sie unter dem entsprechenden Punkt zu sehen.*

Die Vorlage enthalte die Formulierung, dass das Bildungssystem dem Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungschancen nicht entgegenwirken konnte. Problematische Punkte seien der Bruch zwischen Grundschule und weiterführender Schule, aber auch die Art der Empfehlung. Leider würden Schulempfehlungen durch die Schulen auch aus sozialen Gründen gegeben. Er frage, ob es dauerhafte Strukturen in der Zusammenarbeit zwischen Jugendhilfe und Schule bei der Begleitung der Schüler von der Grundschule in die Sekundarstufe gebe, so Herr Schloos.

Verbindliche verlässliche Strukturen in der Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule im Kontext mit dem Übergang von Klasse 4 nach Klasse 5 gebe es nicht, so Herr Sidenstein. Es gebe aber immer wieder Fälle, wo die Sozialdienste (z. B. ASD) in den Familien seien und es bereits in der Grundschule Kontakte zwischen Schule, Jugendhilfe und Elternhaus gebe. Sicherlich werde dort auch im Einzelfall der Übergang Thema sein.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt zur Umsetzung des „Gesetzes zur Förderung der Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit und des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes – Kinder- und Jugendförderungsgesetz – (3. AG KJHG – KJFöG) des Landes NW“:

1. den kommunalen Kinder- und Jugendförderungsplan der Universitätsstadt Siegen 2020-2025.

2. die für die Erfüllung der Aufgaben nach den §§ 11-14 SGB VIII im Haushalt/im Stellenplan der Universitätsstadt Siegen bereit gestellten Ressourcen des Kinder- und Jugendförderungsplans (vgl. Stellenplan und Haushaltsansätze 2021) werden in diesem Umfang bis zum Ende der Planungszeitraums - unter dem Vorbehalt der Beschlussfassung durch den Rat und der Rechtskraft der jeweiligen Haushaltssatzung - jährlich fortgeführt.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

3. AfSuB 20.04.2021
